



**Koblenz – Magnet am Deutschen Eck:**  
Die Stadt zum Bleiben.

## Anfrage

<b>Vorlage-Nr.:</b>	AF/0046/2012		<b>Datum:</b>	18.06.2012			
<b>Verfasser:</b>	01-CDU-Ratsfraktion	<b>Az:</b>					
<b>Gremienweg:</b>							
28.06.2012	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitlich	<input type="checkbox"/>	ohne BE
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis	<input type="checkbox"/>	abgesetzt
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt	<input type="checkbox"/>	geändert
	TOP		öffentlich	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
<b>Betreff:</b>	<b>Anfrage der CDU-Ratsfraktion: Auswirkung des Gesetzes für die kostenlose Schülerbeförderung</b>						

Das neue Gesetz der die rot-grüne Landesregierung tragenden Koalition zur Schülerbeförderung könnte neue, negative Auswirkungen für den Haushalt der Stadt Koblenz bedeuten. Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Wie hoch ist die Anzahl der Schüler, die eine Fahrtkostenerstattung durch die Stadt Koblenz erhalten? Wie viele davon kommen aus dem Umland, wie viele aus dem Koblenzer Stadtgebiet?
2. Wie entwickelt sich der Anteil der Schüler mit und ohne Eigenanteil der Eltern an den Fahrtkosten auf Grund der geänderten Rahmenbedingungen, die das Land vorgibt?
3. Gibt es einen Ausgleich durch das Land über andere Mittelzuweisungen, und wenn ja an welcher Stelle, in welcher Höhe und ist der finanzielle Ausgleich ausreichend?